

# Wie viel Macht hat das EU-Parlament?

In gut 130 Tagen wird in Europa gewählt. Hunderte Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger können dann ihre Stimmen abgeben und damit die EU-Politik für fünf Jahre entscheidend prägen.

VON MAREK MAJEWSKY

**BRÜSSEL** (dpa) Am Wochenende küren SPD, FDP und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ihre Spitzenkandidaten für die Europawahl. Doch worüber wird im Sommer eigentlich genau abgestimmt und welchen Einfluss hat das Europaparlament? Ein Überblick:

**Wann findet die Europawahl statt?**

Vom 6. bis 9. Juni können Stimmen abgegeben werden. Den Auftakt machen die Niederländer, die am Donnerstag, 6. Juni, an die Urne gehen können. Nach Parlamentsangaben folgen Irland, einen Tag darauf Lettland, Malta und die Slowakei. Im Rest der EU wird wie in Deutschland am Sonntag, 9. Juni, gewählt. Mit den unterschiedlichen Daten soll gewährleistet werden, dass die verschiedenen Wahltraditionen beibehalten werden können.

**Wer wählt?**

Erstmals dürfen in Deutschland bei Europawahlen auch Minderjährige teilnehmen. Das Wahlalter wurde von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt. Auch Staatsangehörige der übrigen EU-Staaten, die ihren Wohnsitz in

Deutschland haben und alt genug sind, sind wahlberechtigt. Deutschland ist eines der wenigen Länder, in dem sich Minderjährige an der Wahl beteiligen dürfen. Nach Angaben des EU-Parlaments von August ist dies sonst nur in Österreich, Belgien, Malta und Griechenland möglich. Das Wahlalter in Griechenland liegt bei 17 Jahren.

Deutsche, die nicht in Deutschland wohnen und an der Wahl teilnehmen wollen, müssen vor jeder Wahl einen förmlichen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen. Dabei gibt es laut der

## 720

Abgeordnete wurden bei der letzten Europawahl ins EU-Parlament gewählt.

Quelle: EU

Bundeswahlleiterin unterschiedliche Verfahren, je nachdem in welchem Land man wohnt.

**Wer wird gewählt?**

Gewählt werden 720 Abgeordnete. Von der reinen Anzahl her sind das zwar weniger Politikerinnen und Politiker als bei der vergangenen Wahl, damals zogen 751 Volksvertreterinnen und -vertreter ins Parlament ein. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU verloren aber auch zahlreiche Abgeordnete ihr Mandat. Im Vergleich zur derzeitigen Zahl der Abgeordneten werden 15 Plätze mehr vergeben als noch vor viereinhalb Jahren.

Deutschland stellt als bevölkerungsreichstes Land in der EU auch die meisten Abgeordneten. Deutsche sind im Parlament aber dennoch unterrepräsentiert. Während ein deutscher Abgeordneter im Schnitt grob 875 000 Menschen vertritt, sind es bei einem Abgeordneten aus Malta nur knapp 100 000. Gäbe es diese Ungleichheit nicht, müsste das Parlament entweder deutlich größer werden oder die Bürgerinnen und Bürger der kleinsten EU-Länder würden lediglich von einem Abgeordneten oder einer Abgeordneten vertreten.

**Wie wird gewählt?**

Das unterscheidet sich von EU-Land zu EU-Land, teils von Partei zu Partei. In Deutschland stellen die meisten Parteien bundesweit Listen auf, deren Reihenfolge auf einem Parteitag festgelegt wird. Je mehr Stimmen eine Partei bekommt, desto mehr Menschen von dieser Liste ziehen ein. Bei der CDU/CSU werden Listen nicht bundesweit, sondern auf Landesebene verabschiedet. Diese Aufstellung ist teils noch nicht abgeschlossen, in NRW will die CDU ihre Liste beispielsweise am 3. Februar in Dortmund beschließen.

EU-weit einheitlich ist, dass die Anzahl der Abgeordneten einer Partei proportional zur Anzahl der erhaltenen Stimmen sein muss. Länderübergreifende Listen gibt es nicht.

**Welche Auswirkungen hat die Wahl?**

Welche Mehrheiten im Parlament organisiert werden können, hat entscheidenden Einfluss auf neue



Die Europäer sind im Juni aufgefordert ihre Repräsentanten im Brüssler Parlament neuzuwählen. In diesem Jahr werden 15 Abgeordnetensitze mehr vergeben als vor viereinhalb Jahren.

FOTO: VIRGINIA MAYO/AP/DPA

EU-Gesetze. So musste bei vielen aktuellen Vorhaben wie etwa dem Verbrenner-Aus oder umstrittenen Naturschutz- und Klimagesetzen eine Mehrheit im Parlament zustimmen. Auch bei der Verteilung von Geld, wie der milliardenschweren EU-Agrarförderung, hat das Parlament einen großen Einfluss.

Die meisten Gesetze werden aber zusammen mit den EU-Staaten verhandelt und müssen auch im sogenannten Rat eine Mehrheit finden. Dort entscheiden Vertreter

rinnen und Vertreter der jeweiligen nationalen Regierungen. Auf die Mehrheitsverhältnisse in dieser Institution hat die Europawahl keinen direkten Einfluss.

Die Besetzung der EU-Kommission nach der Wahl kann das Parlament hingegen beeinflussen. Die Behörde hat das alleinige Recht, konkrete EU-Rechtsakte vorzuschlagen, die dann vom Parlament und den EU-Staaten ausgehandelt werden. Zwar ist es zunächst Aufgabe der Staats- und Regierungschefs

der EU-Staaten, einen Vorschlag für die Präsidentin beziehungsweise den Präsidenten zu machen, das Parlament kann diesen aber ablehnen. In der Regel wird auch ein Kandidat aus den Reihen der größten Fraktion im Parlament vorgeschlagen.

Der Rat und der designierte Präsident erarbeiten dann eine Liste der restlichen Kommissare, je einer aus jedem EU-Staat. Das Parlament muss auch der Ernennung der restlichen Kommissare zustimmen.

# Wird der Führerschein bald unerschwinglich?

VON HAGEN STRAUSS

**BERLIN** Es ist auch eine Erhebung des ADAC Ende des vergangenen Jahres gewesen, die die Politik jetzt auf den Plan ruft. Den Führerschein zu machen, wird immer teurer. Wird der „Lappen“ sogar bald unerschwinglich für junge Leute?

Bei der Umfrage des Automobilclubs im November gaben 46 Prozent derjenigen an, die ihren Führerschein relativ frisch gemacht hatten, 2 500 bis 3 500 Euro ausgegeben zu haben. Für Fahrstunden, Antrags- und Prüfungsgebühren sowie Sehtest, Erste-Hilfe-Kurs und Passbilder. 22 Prozent berichteten sogar von Gesamtkosten zwischen 3 500 und 4 500 Euro. Bei 56 Prozent musste die Familie komplett die Rechnung

übernehmen – deutlich mehr als noch drei Jahre zuvor.

Laut ADAC ist der Kostenanstieg gerade bei Fahrstunden schon seit einigen Jahren zu beobachten. Spürbar nach oben sei es vor allem in den vergangenen zwei Jahren gegangen – durch gestiegene Fahrzeug-, Sprit- und vor allem Personalkosten infolge der Inflation. „Insgesamt ist es nicht verwunderlich, dass der Führerschein teurer geworden ist. Allein schon, weil vieles mehr kostet“, so ADAC-Sprecherin Katharina Lucà zu unserer Redaktion. Auch sei feststellbar, dass die Fahrschüler immer länger bräuchten. Hauptgrund dafür sei der komplexer werdende Straßenverkehr. „Mehr Autos, die unterwegs sind, dazu E-Scooter oder Lastenfahrräder“, erläuterte

die Sprecherin. Nach Ansicht von Experten ist das veränderte Straßengeschehen auch eine Ursache dafür, dass die Quote derer, die zunächst einmal durch die theoretische oder praktische Prüfung fallen, immer weiter ansteigt – was wiederum die individuellen Kosten erhöht. Zuletzt gab es in manchen Bundesländern knapp 50 Prozent Durchgefallene.

Für Florian Müller (CDU), Verkehrsexperte der Unionsfraktion, ist angesichts der Entwicklung klar: „Die individuelle Mobilität, vor allem von jungen Menschen im ländlichen Raum, ist akut bedroht.“ Die Kosten des Führerscheins lägen auf einem Allzeithoch, „der Führerschein wird zum Luxusgut“. Müller sieht erheblichen Reformbedarf rund um die Fahrausbildung: „Das

heutige Fahrschulwesen ist im Kern weit mehr als 30 Jahre alt, als an digitales Lernen, Fahr simulatoren und an Smartphones noch nicht zu denken war.“ Es brauche ein „digitales Upgrade“, ein größeres Fahrschulangebot und mehr Prüfungskapazitäten, betonte CDU-Politiker Müller. Im Frühjahr will die Unionsfraktion daher ein umfassendes Konzept vorlegen, um den „Lappen“ wieder bezahlbarer zu machen.

Dem Vernehmen nach, gibt es allerdings auch schon Überlegungen im Bundesverkehrsministerium, wie man gegensteuern kann. Darüber hinaus soll das Thema Führerschein alsbald eine Rolle bei der Verkehrsministerkonferenz spielen. So kündigte etwa Berlins Verkehrssenatorin Manja Schreiner

(CDU) kürzlich eine entsprechende Initiative an. In Berlin warten etwa 20 000 Fahrschüler auf ihre Prüfung, weil Prüfer fehlen.

Wer den Job machen will, muss bisher eine Ingenieurausbildung vorweisen können – Ziel ist es nun, diese Regelung aufzuweichen und die hohen Anforderungen an den Prüferberuf zu reduzieren. Laut ADAC-Sprecherin Lucà ist der Personalmangel ebenso ein Grund, warum die Kosten so angestiegen sind. Auch der Fahrlehrermangel sei stellenweise gravierend. „Es gibt tiermliche Probleme für Fahrstunden und Prüfungen.“ Das verlängere die Führerscheinausbildung. „Und es erhöht die Zahl der Fahrstunden, weil sich die Praxiserfahrung hinzieht.“ Bei den Fahrlehrerverbänden

sieht man das Problem zwar, verweist aber darauf, dass die Belastungen für die Fahrschulen erheblich gestiegen sind. Der Vize-Vorsitzende der Bundesvereinigung, Kurt Bartels, sagte unserer Redaktion, bei der Digitalisierung sei man schon sehr weit, gerade im theoretischen und administrativen Bereich. Der Kostendruck auf die Fahrschulen entstehe auch durch einen erheblichen bürokratischen Aufwand und immer mehr Auflagen.

Zu guter Letzt: „Der Spritpreis zum Beispiel schlägt voll ins Kontor. Wenn die Politik die Kosten senken will, brauchen wir da eine spezielle Entlastung.“ Wie die Bauern steuerlich begünstigt würden, so müsse es eine ähnliche Hilfe für die Fahrschulen geben, betonte Bartels.

# Nach Missbrauchsstudie wird Kritik an Bedford-Strohm laut

**MÜNCHEN/HANNOVER** (dpa) Nach der Vorstellung einer Studie über sexuellen Missbrauch in der evangelischen Kirche wird Kritik laut an dem früheren EKD-Ratsvorsitzenden und langjährigen bayerischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm.

„Ich würde mir wünschen, dass er da Verantwortung übernimmt“, sagte der Betroffene Detlev Zander nach der Vorstellung der Studie in Hannover. „Ich hoffe, dass er es sieht und dass er da mit uns Kontakt aufnehmen kann.“ Katharina Kracht, Vertreterin der Betroffenen und Mitglied im Beirat des Forschungsverbundes, sagte: „Das Problem ist mindestens seit 2010 bekannt. Herr Bedford-Strohm hat das Thema erstmals ein, zwei Wochen vor der Synode 2021 thematisiert.“

Bedford-Strohm sagte am Freitag: „Seit Beginn meiner Amtszeit als Landesbischof war mir das Thema sexualisierte Gewalt ein Herzensanliegen. Ich bin die ganze Zeit über im Kontakt mit Betroffenen gewesen. In zahlreichen Interviews und in Synodenberichten habe ich mich zu dem

Thema geäußert. In der Zeit meines Ratsvorsitzes haben Rat der EKD und Synode viele Dinge auf den Weg gebracht, die jetzt Früchte tragen, nicht zuletzt die nun vorgelegte Studie.“

Bedford-Strohm war von 2011 bis 2023 bayerischer Landesbischof und von 2014 bis 2021 zusätzlich EKD-Ratsvorsitzender.

Er sei dankbar für die jetzt vorliegende Studie. „Sie hat erschütternde Ergebnisse erbracht. Zugleich gibt sie

wichtige Impulse für die weiteren Schritte“, betonte er. „Aus der Rückschau bedauere ich aber, dass es uns nicht gelungen ist, diese notwendigen Prozesse schneller auf den Weg zu bringen.“

Bedford-Strohms Nachfolger als bayerischer Landesbischof, Christian Kopp, schrieb am Freitag in einem Brief an die Gemeinden im Freistaat, dass sich alle Landeskirchen zeitnah der Durchsicht aller Personalakten stellen müssten – „was in der Kürze der Zeit, die von den Forschenden der Forum-Studie vorgegeben wurde, nicht möglich war.“

Die am Donnerstag vorgestellte Forum-Studie unabhängiger Wissenschaftler zu sexualisierter Gewalt in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Diakonie hat für die vergangenen Jahrzehnte mindestens 1 259 Beschuldigte dokumentiert. Es handelt sich um die erste umfassende Studie zu sexualisierter Gewalt bei den Protestanten. Die Wissenschaftler hatten eine „schleppende Zulieferung“ von Seiten der Landeskirchen kritisiert.



Eine Studie hatte zahlreiche Missbrauchsfälle in der evangelischen Kirche aufgedeckt.

SYMBOLFOTO: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA

# Türkei ratifiziert Schwedens Nato-Beitritt

**ANKARA** (dpa) Der Nato-Beitritt Schwedens ist mit der Zustimmung der Türkei in greifbare Nähe gerückt. Mit der Veröffentlichung der sogenannten Beitrittsprotokolle im türkischen Staatsanzeiger wurde die Entscheidung am Donnerstagabend final. Als Letztes von 31 Bündnismitgliedern hat nun nur Ungarn die Aufnahme noch nicht zugestimmt. Ministerpräsident Viktor Orbán sagt, er wolle auf eine Abstimmung im Parlament drängen. Doch dabei bleiben Fragen offen. Orbán lud Kristersson zu einem Besuch in Ungarn ein, um über den Beitritt zur Nato „zu verhandeln“. Schwedens Regierungschef stellte Orbán zunächst ein Treffen in Brüssel in Aussicht. „Ich freue mich darauf, all diese Angelegenheiten näher mit Ihnen in Budapest zu einem für uns beide günstigen Zeitpunkt zu diskutieren“, schrieb Kristersson. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat sich am Freitag optimistisch über einen raschen Beitritt Schwedens zur Militäralianz geäußert. Das Land könne möglicherweise bis März zum Beitritt bereit sein, sagte Stoltenberg.

# China und USA wollen in Thailand weiter sprechen

**PEKING/WASHINGTON** (dpa) China und die Vereinigten Staaten wollen sich im südostasiatischen Thailand wieder auf hochrangiger Ebene treffen. Der nationale Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, und Chinas Chef-Diplomat Wang Yi werden an diesem Freitag und Samstag in der thailändischen Hauptstadt Bangkok zusammenkommen, wie es in der Nacht zu Freitag aus Peking und Washington hieß. Das Treffen folge

auf die Zusagen von US-Präsident Joe Biden und Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping, einen strategischen Austausch aufrechtzuerhalten und verantwortungsvoll mit der Beziehung beider Länder umzugehen, erklärte die Sprecherin des Nationalen Sicherheitsrates, Adrienne Watson. Wang Yi reise auf Einladung Thailands nach Bangkok und bleibe bis zum 29. Januar, teilte das Außenministerium in Peking mit.

# „Österreichplan“ soll ÖVP im Superwahljahr beflügeln

**WELS** (dpa) Mit Steuersenkungen, dem Kampf gegen irreguläre Migration und besseren Angeboten für Familien will die konservative ÖVP in Österreich wieder in die Erfolgsspur finden. Regierungs- und Parteichef Karl Nehammer läutete am Freitag mit einer Grundsatzrede den Wahlkampf im Superwahljahr ein. „Dieses Jahr 2024 ist das Jahr der Entschei-

dung“, sagte der Kanzler vor rund 1 500 Parteifreunden in der Messehalle in Wels. Zu den Vorhaben des 82-seitigen „Österreichplans“ zählt die Senkung des Einkommenssteuersatzes von 20 auf 15 Prozent, die Abschaffung aller Steuern auf Überstunden sowie ein 4,5-Milliarden-Programm zum flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung bis 2030.